

Ein typischer Briefwechsel mit Medienvertretern!

... Es sind die zur Staatsdoktrin erhobenen Märchen von der drohenden Klimakatastrophe und der baldigen Endlichkeit fossiler Energien. Verstärkt durch die gemeinsame Überzeugung „Atomkraft“ sei hochgefährlich und gehöre zu Recht abgeschafft.

Von entsprechender Qualität sind dann auch die Berichte. Zu einem dieser Berichte in einer großen Regionalzeitung nahm EIKE Energieexperte Dr. Dietmar Ufer schriftlich Stellung. Die höfliche Antwort des Redakteurs war typisch, die Entgegnung von Ufer darauf ebenso. Deswegen zeigen wir Ihnen heute beide. Zur Nachahmung empfohlen..

Mail des Fach-Redakteurs einer großen Regionalzeitung an Dr. Dietmar Ufer:

Betreff: Leitartikel zur Ökostromförderung

Sehr geehrter Herr Dr. Ufer,
Vielen Dank für Ihre Mail. Ich habe Ihre Anregungen mit Neugierde gelesen, auch wenn ich in einigen zentralen Punkten nicht mit Ihnen übereinstimme.

Es ist meines Erachtens müßig über die Klimaerwärmung zu streiten. Beide Seiten finden seit Jahren Argumente für Ihre Thesen. Ich hänge der Meinung an, dass ein Zusammenhang zwischen dem Ausstoß von Kohlenstoffdioxid und Klimaerwärmung besteht.

Zu Ihrem Kernargument: Sie haben Recht, die EEG-Umlage hat die Produzenten erneuerbarer Energie seit knapp einem Jahrzehnt finanziert – auf Kosten der Allgemeinheit. Dies ist meines Erachtens in erster Linie kein Grund, die Energiewende zu verteufeln. Die Umweltschäden, die durch den Ausstoß der Schwerindustrie, durch die Verschmutzung der Gewässer durch das industrielle Abwasser entstanden sind, wurden auch in den seltensten Fällen den Verursachern in Rechnung gestellt. Vielmehr zahlte für die Bekämpfung der Umweltschäden die Allgemeinheit, sprich: der Steuerzahler.

Ich gebe Ihnen aber Recht, dass das System der EE-Förderung überdacht werden sollte. Dies habe ich in meinem Leitartikel auch zum Ausdruck gebracht. Und ja: Ich halte die EEG-Umlage generell für überdenkenswert. Ob die Politik einen Verzicht auf diese Subvention durchsetzen würde, kann ich Ihnen nicht nicht sagen. Es spielt auch keine Rolle.

Sie schreiben, dass auch nach einem Ende der EEG-Umlage Strom teurer sein würde, als bisher. Auch da stimme ich Ihnen zu.

Allerdings halte ich dies aufgrund der politischen Entscheidung,

auf die Atomenergie zu verzichten, für vertretbar. Dieser Verzicht wird auf längere Sicht mit steigenden Strompreisen einhergehen. Ich sehe allerdings nicht, dass eine Deindustrialisierung Deutschlands naht. Die energieintensiven Unternehmen sind bisher alle von der EEG-Umlage ausgenommen. Sie können den Strom an der Leipziger Strombörse zudem direkt kaufen und so viel günstigere Konditionen erhalten, als Sie und ich es als Privatkunde je können werden. Es wäre in meinen Augen naiv und nicht zukunftsweisend, wenn Deutschland seine Wirtschaft auch noch in Jahrzehnten von fossilen Energieträgern abhängig machen würde. Denn diese Ressourcen sind zum einen endlich, zum anderen wird es hier auch in den nächsten Jahren aufgrund der Verknappung auf den Weltmärkten zu einem Preisanstieg kommen.

Sie sehen, Herr Dr. Ufer, wir betrachten die Energiewende aus zwei unterschiedlichen Blickwinkeln. Dennoch teile ich Ihre Skepsis gegenüber dem bisherigen Fördersystem.

Mit freundlichen Grüßen

XXXXXXXXXXXX

Antwort von Dr. Ufer

Sehr geehrter Herr XXXXXXXXXXXX,

aus meinem langen Schweigen können Sie entnehmen, dass ich einige Zeit brauchte, um Ihre Antwort zu „verdauen“. Ich musste nämlich leider feststellen, dass Sie den von der Politik in die Welt gesetzten Unwahrheiten voll verfallen sind. Die hatte ich in meinem Schreiben an Sie als drei Phobien zusammenfassend dargestellt: Die Klima-Phobie, die Energiemangel-Phobie und die Nuklear-Phobie. Allen drei Ängsten sind Sie „verfallen“! Und leider sind Sie keiner der von mir geäußerten Überlegungen ernsthaft nachgegangen.

Als Vertreter der „schreibenden Zunft“, der über energiewirtschaftliche Themen berichtet, sind Sie in erheblichem Maße meinungsbildend. In der Öffentlichkeit werden Ihre Ausführungen von den in ihrer Mehrzahl nur wenig sachkundigen Lesern als „Wahrheiten“ aufgenommen. Und wenn Journalisten auch noch als wenig sachkundig auftreten, müssen wir uns nicht wundern, wenn immer mehr Bürger irgendwelchen grügefärbten Illusionen anhängen.

Diese Überlegung war letzten Endes ausschlaggebend für mich, Ihnen auf Ihre Mail zu antworten. Ich habe allerdings nur wenig Hoffnung, dass sich das in Ihren Beiträgen in der Leipziger Volkszeitung und anderen Zeitungen niederschlagen wird – hoffe es aber trotzdem! Daher versuche ich, Ihnen noch einmal einige Grundwahrheiten verständlich zu machen.

Natürlich weiß ich, dass Sie als Journalist über viele ganz verschiedene Themen schreiben müssen und mit Sicherheit kein Spezialist auf allen Gebieten

sein können. Es wäre aber gut – für Sie und Ihre Leser – wenn Sie sich bei besonders brisanten Themen (und dazu gehört die Energiepolitik!) – auch um Fachinformationen bemühen würden. Ein Buch, nämlich das von Günther Keil, hatte ich Ihnen empfohlen; gern bin ich bereit, Ihnen weitere Informationen zukommen zu lassen. Schon jetzt möchte ich Ihnen die regelmäßige Lektüre der Internet-Seite des „Europäischen Instituts für Klima und Energie – EIKE“ ans Herz legen: www.eike-klima-energie.eu

Gestatten Sie mir nachfolgend einige Anmerkungen zu Ihren Aussagen:

Erstens:

Sie schreiben: „Es ist meines Erachtens müßig, über die Klimaerwärmung zu streiten. Beide Seiten finden seit Jahren Argumente für Ihre Thesen. Ich hänge der Meinung an, dass ein Zusammenhang zwischen dem Ausstoß von Kohlenstoffdioxid und Klimaerwärmung besteht.“

Vorerst: Er gibt keinen Streit um die „Klimaerwärmung“ oder den „Klimawandel“, sondern einen Streit darüber, wer oder was dafür verantwortlich ist! Sie können als Privatmann allen möglichen Meinungen anhängen, als verantwortungsbewusster Journalist sollten Sie allerdings nur das zu Papier bringen, was sachlich gesichert ist – auch dann, wenn es Ihnen nicht gefällt. Dazu gehört die Tatsache, dass keinerlei messbarer Zusammenhang zwischen dem Ausstoß von Kohlendioxid und der Klimaerwärmung nachgewiesen werden kann. Einen solchen Zusammenhang gibt es nur in den Rechnern der Klima-Prognostiker. So sollten Sie beispielsweise wissen, dass die Emission dieses Gases infolge Nutzung fossiler Brennstoffe seit Jahrzehnten steigt, seit mehr als zehn Jahren die globale Durchschnittstemperatur jedoch stagniert und sogar fällt. Ich weiß: Ihnen gefällt das nicht, auch unseren Politikern und so manchem „Klimaforscher“ gefällt das nicht. Und das ist der Grund dafür, dass in den deutschen Medien (und nur hier!) darüber der Mantel des Schweigens gebreitet wird! – Wenn Sie also über einen CO₂-/Klima-Zusammenhang schreiben wollen/sollen, dann bringen Sie wenigstens die dazugehörigen Fakten mit ins Spiel!

Zweitens:

Sie schreiben: „Die Umweltschäden, die durch den Ausstoß der Schwerindustrie, durch die Verschmutzung der Gewässer durch das industrielle Abwasser entstanden sind, wurden auch in den seltensten Fällen den Verursachern in Rechnung gestellt. Vielmehr zahlte für die Bekämpfung der Umweltschäden die Allgemeinheit, sprich: der Steuerzahler.“

Das ist – zum Teil – richtig. Aber die industriell ausgelösten Umweltschäden wurden erkannt und es wird alles getan, um sie zu verhindern und die Folgen zu beseitigen. Bestes Beispiel hierfür sind die Braunkohlenkraftwerke in der DDR, die fast ausnahmslos durch moderne, saubere (!) Anlagen (Lippendorf, Boxberg, Jänschwalde, Schkopau etc.) ersetzt wurden. Es kann aber wohl nicht richtig sein, angesichts der leider immer noch vorhandenen Umweltschäden neue Schäden zu verursachen und das noch als „modern“ oder „nachhaltig“ oder ähnliches zu bezeichnen. Die Umweltzerstörungen der Vergangenheit reichen –

wir brauchen keine neuen!

Drittens:

Sie halten die langanhaltende rapide Verteuerung der elektrischen Energie „aufgrund der politischen Entscheidung, auf die Atomenergie zu verzichten, für vertretbar.“

Es handelte sich hier um eine Entscheidung, die von Menschen getroffen wurde, die in ihrer weit überwiegenden Mehrheit keine Fachleute der Energiewirtschaft, der Energietechnik oder gar der Kerntechnik sind. Sie haben sich den Vorgaben einiger Ideologen gebeugt, ohne die Folgen ihrer Fehlentscheidung überhaupt übersehen zu können. Sie waren sich nicht bewusst, welchen wirtschaftlichen und ökologischen Schaden sie damit auslösen! Die Bundeskanzlerin hat sich diese verhängnisvolle Entscheidung schließlich noch durch eine eigens dafür eingesetzte „Ethikkommission“, in der zwar zwei Bischöfe, aber kein einziger Energie- oder gar Kernenergie-Fachmann Sitz und Stimme hatten, „absegnen“ lassen. Seitdem glauben „die“ Deutschen, dass Kernenergie etwas „Böses“ ist...

Auch der Kerntechnik sollte man zugestehen, dass sie sich – so wie andere Techniken auch – ständig weiterentwickelt, was zu größerer Zuverlässigkeit/Sicherheit, Wirtschaftlichkeit und Umweltverträglichkeit führt. Wenn man der Meinung sein sollte, dass die gegenwärtig in Betrieb befindlichen (und bis vor kurzem betriebenen Kernkraftwerke) unsicher sind (wofür es keinerlei ernstzunehmende Hinweise gibt), dann sollte doch die Politik fordern, diese Anlagen durch neue, bessere zu ersetzen – so wie es beispielsweise in der Kraftfahrzeugtechnik laufend geschieht. Nein – die deutschen, völlig fachfremden, zumeist nicht einmal mit elementarsten naturwissenschaftlichen Zusammenhängen „belasteten“ Bundesminister und Abgeordneten des Bundestages beschließen das Verbot einer Technik, die weltweit gepflegt und ausgebaut wird! Es handelt sich hier um einen Skandal, über den unsere Nachbarn und Konkurrenten laut lachen!

Jetzt könnten Sie mir noch das „ungelöste Entsorgungsproblem des Atommülls“ entgegenhalten. Ich möchte Ihnen dazu keine wissenschaftliche Abhandlung bieten, sondern auf einschlägige Fachliteratur verweisen (Sie können auch googeln). Dort finden Sie unter dem Stichwort „Transmutation“ die Beschreibung von Verfahren, die letztlich die heißdiskutierte „Endlagerung“ der Produkte der Kernspaltung überflüssig machen werden. Aber auch hier ist es so wie bei der Klimadebatte: Bestimmte – politisch unliebsame – Fakten werden in den deutschen Medien konsequent totgeschwiegen – so tot, dass nicht einmal Politiker und Journalisten davon erfahren!

Viertens:

Sie sehen nicht, „dass eine Deindustrialisierung Deutschlands naht. Die energieintensiven Unternehmen sind bisher alle von der EEG-Umlage ausgenommen. Sie können den Strom an der Leipziger Strombörse zudem direkt kaufen und so viel günstigere Konditionen erhalten, als Sie und ich es als Privatkunde je können werden.“

Wenn Sie die Deindustrialisierung nicht sehen, dann ist das kein Beweis für die Nichtexistenz dieses Phänomens. Fachleute sehen das anders:

Schon 2010 mahnte der damalige BASF-Chef Jürgen Hambrecht: „Eine verfehlte Energiepolitik führt zu einer schleichenden Deindustrialisierung in Deutschland.“ (FAZ 27. August 2010)

Führende Hersteller und Verarbeiter von Aluminium, Kupfer und Zink (Aurubis, Hydro, Trimet, Voerdal und Xstrata Zinc) warnten in einem Brief an den Chef des Bundeskanzleramtes, Ronald Pofalla, schon im Frühjahr 2011 vor einer klimapolitisch bedingten Deindustrialisierung in Deutschland. (FAZ 8. Mai 2011)

Wolfgang Eder, Präsident von Eurofer (Wirtschaftsverband der europäischen Eisen- und Stahlindustrie), Brüssel, und Vorstandsvorsitzender von Voestalpine, Linz (A) erklärte: „In letzter Konsequenz führt die europäische Klimapolitik zu einer Deindustrialisierung Europas.“ Selbst die besten Stahlunternehmen Europas seien physikalisch-technisch nicht in der Lage, die von der EU vorgegebenen Benchmarks beim Emissionsrechtehandel zu erfüllen. (VDI nachrichten, 1. Juli 2011, Nr. 26/27)

Der SPIEGEL schrieb im Februar 2012: „Vor knapp zwei Wochen hat ThyssenKrupp, Deutschlands größter Stahlkonzern, sein Krefelder Edelstahlwerk an den finnischen Konkurrenten Outokumpu verkauft. Der will die Produktion bis Ende nächsten Jahres dichtmachen. Über 400 Beschäftigte brauchen neue Jobs. Der wirtschaftliche Verlust für die gebeutelte Stadt am Niederrhein ist groß. Verantwortlich für das Ende ist nicht Billigkonkurrenz aus Fernost oder Missmanagement in der Essener Thyssen-Krupp-Zentrale, sondern die verfehlte Politik der Bundesregierung. ... Seit die schwarz-gelbe Koalition beschlossen hat, im Hauruck-Vorfahren aus der Atomkraft auszusteigen, haben sich die Bedingungen für stromfressende Industrien erheblich verschlechtert. Die Energiepreise steigen, das Risiko von Stromausfällen wächst. Doch der dringend benötigte Ausbau bei den Stromnetzen, Ersatzkraftwerken und erneuerbaren Energien kommt kaum voran. Ausgerechnet Union und FDP trieben die Deindustrialisierung voran und seien dafür verantwortlich, dass in Deutschland der Ofen ausgeht, lautet der Vorwurf einer wachsenden Zahl von Wirtschaftsexperten, Managern und Gewerkschaftern. Die Energieversorgung sei jetzt ‚das Top-Risiko für den Wirtschaftsstandort Deutschland‘. sagt Hans Heinrich Driftmann. Präsident des Industrie- und Handelskammertages (DIHK). ‚Man muss sich in Deutschland Sorgen um den Strompreis machen‘, warnt EU-Energiekommissar Günther Oettinger. Und Bernd Kalwa, Gesamtbetriebsrat bei ThyssenKrupp, schimpft: ‚Allein in unserem Konzern sind 5000 Arbeitsplätze in Gefahr, weil in Düsseldorf und Berlin eine unverantwortliche Energiepolitik betrieben wird.‘“ (DER SPIEGEL, Nr. 8/2012, 20. Februar 2012)

Sie können dort auch Zahlen über die Industrie-Strompreise in Europa finden: Deutschland liegt mit 16,7 Cent/kWh nach Dänemark und Italien an dritthöchster Stelle! Frankreich liegt bei 10,1 Cent/kWh.

EU-Energiekommissar Oettinger erklärte beim „Ostdeutschen Energieforum“ vor wenigen Wochen in Leipzig, dass ohne einheitliche nationale Strategie für die

Energiewende Deutschland zum Wackelkandidaten in der europäischen Industrielandschaft werde. Schon jetzt sei Energie bis zu 30 Prozent teurer als anderswo in Europa. Dazu kämen in Zukunft die gigantischen Kosten für den Umbau der Energiewirtschaft. Oettinger mutmaßt deshalb eine baldige Deindustrialisierung.“Die Energiewende wird als Megathema darüber entscheiden, ob der Industriestandort Deutschland so wichtig bleibt, wie er jetzt ist.“ (LVZ 12. Mai 2012)

Sehen Sie sich schließlich noch den PowerPoint-Vortrag von Prof. Dr.-Ing. Dieter Ameling, Präsident der Wirtschaftsvereinigung Stahl a. D., Vorsitzender Stahlinstitut VDEh a. D., an, der am 30. November 2011 an der HTWK Leipzig zum Thema „Das Energiekonzept der Bundesregierung führt zur De-Industrialisierung“ sprach:
<http://wwwm.htwk-leipzig.de/~m6bast/rvlfukushima/111130RVLfukushimaAmelingWirtschaft.pdf>

Reicht Ihnen das? Im Gegensatz zu Ihrem Glauben, dass sich die Deindustrialisierung angeblich nicht nahe, besagen die harten Fakten: Sie ist schon im vollen Gange!

Sie haben wohl inzwischen auch bemerkt, dass es nicht allein um die EEG-Umlage geht, von der „energieintensiven Unternehmen ... ausgenommen“ sind. Sie sollten vielmehr beachten: Auch die Strompreis-Erhöhungen für die privaten Haushalte führen zu sinkender Kaufkraft, was durchaus nicht förderlich für die deutsche Wirtschaft sein dürfte, sondern eher ein Baustein für die weitere Deindustrialisierung!

Fünftens:

In Ihren Augen „wäre (es) naiv und nicht zukunftsweisend, wenn Deutschland seine Wirtschaft auch noch in Jahrzehnten von fossilen Energieträgern abhängig machen würde. Denn diese Ressourcen sind zum einen endlich, zum anderen wird es hier auch in den nächsten Jahren aufgrund der Verknappung auf den Weltmärkten zu einem Preisanstieg kommen.“

Lassen wir das Wörtchen „naiv“ beiseite und wenden uns dem Begriff „zukunftsweisend“ zu, oft liest man dafür auch „nachhaltig“ oder „sustainable“. Leider sind diese Worte – ganz speziell in der Wirtschaftspolitik – zu leeren Floskeln verkommen, in die so mancher gerade das hineininterpretiert, was er ansonsten sachlich nicht erklären kann!

Meinen Sie tatsächlich, dass man die Energieversorgung eines hochentwickelten Industrielandes mit volatilen Energiequellen wie Sonne und Wind oder mit Weizen, Raps und Mais „zukunftsweisend“ bewerkstelligen kann? Unsere Vorfahren wussten schon sehr genau, warum sie sich von diesen Energieressourcen verabschiedeten und sich den hochkonzentrierten und preiswerten fossilen und schließlich nuklearen Energiequellen zuwandten! Und warum sollten wir das heute nicht mehr tun? Was ist schlimm daran, dass wir von fossilen Energieträgern „abhängig“ sind? Schließlich sind wir auch von Getreide, Eisenerz, Baumwolle, Wasser oder Luft „abhängig“!

Natürlich sind fossile Energieressourcen endlich. Aber sie waren es schon

immer! – Hätten wir da vielleicht gar nicht erst anfangen sollen, sie auszubeuten? Und für wen sollten wir sie denn bewahren?

Bitte nehmen Sie (erneut) zur Kenntnis: Fossile Energieträger reichen noch für Hunderte von Jahren – speziell bei Kohle spricht man von tausend Jahren! Kernspaltstoffe (Uran und Thorium) sind für mindestens die gleichen Zeiträume verfügbar, insbesondere dann, wenn man die Technologie der „Schnellen Brutreaktoren“ nutzt. Unsere Nachkommen werden ganz sicher über eine wirtschaftlich nutzbare Kernfusionstechnologie verfügen! Und wissen Sie, was unseren Enkeln und Urenkeln noch einfallen wird, um ihre Energieversorgung wirtschaftlich, zuverlässig und umweltfreundlich zu gestalten? Ganz bestimmt werden sie sich nicht von den Unwägbarkeiten des Sonnenscheins und der Windgeschwindigkeit abhängig machen wollen – das tun nur deutsche Energiepolitiker der Gegenwart!

Sind Sie sich eigentlich darüber im Klaren, dass die Weltmarktpreise für Kohle, Öl und Gas noch nie infolge Ressourcen-Verknappung gestiegen sind? Und nun soll das Ihrer Meinung nach – sogar in den nächsten Jahren – passieren?

Sechstens:

Entgegen Ihrer Meinung „verteufele“ ich die „Energiewende“ nicht. Ich hege auch keine „Skepsis gegenüber dem bisherigen Fördersystem“ für alternative Energien.

Meine Auffassung dazu ist: Ich lehne die „Energiewende“ aus sachlich-rationalen Gründen komplett ab. Sie ist unbezahlbar, technisch nicht beherrschbar und umweltschädlich. Es gibt keinen einzigen vernünftigen Grund, dieses volks- und energiewirtschaftlich verhängnisvolle „Programm“ umsetzen zu wollen! Daher möchte ich auch nicht am „bisherigen Fördersystem“ korrigierend eingreifen – ich lehne das EEG genauso ab und möchte es durch die bewährten marktwirtschaftlichen Regeln beim Handel mit Energieträgern ersetzen. Das schließt auch die Aufhebung des Bestandschutzes bei der Entgeltzahlung aus vorhandenen Anlagen ein!

Sehr geehrter Herr XXXXXXX, entschuldigen Sie die Länge meines Antwortschreibens! Ich hielt es für zweckdienlich, etwas ausführlicher zu schreiben, weil ich Sie damit anregen möchte, über bestimmte Thesen gründlicher nachzudenken. Ich werde – natürlich! – auch künftig verfolgen, ob Sie weiterhin dem Mainstream folgen oder ob Sie den Mut aufbringen werden, auch politisch ungewünschte Wahrheiten über die Energiepolitik zu verbreiten. Sie sollte in Ihrer Arbeit nicht von irgendwelchen Glaubensdogmen ausgehen, sondern technisch-naturwissenschaftliche, wirtschaftliche und ökologische Fakten nüchtern bewerten und die sich daraus ergebenden Schlussfolgerungen aufschreiben. Pseudoreligiöse Meinungsäußerungen in der Energiepolitik haben wir schon zuhauf!

Ich wünsche Ihnen viel Erfolg bei Ihrer Arbeit

und verbleibe mit freundlichen Grüßen

Dr. Dietmar Ufer

Leipzig

Aus Datenschutzgründen wurde der Name des Redakteurs unkenntlich gemacht.